

Gesetz-Sammlung

für die

Königlichen Preussischen Staaten.

— Nr. 26. —

(Nr. 6111.) Allerhöchster Erlaß vom 8. Mai 1865., betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung einer Kreis-Chaussee von Schrimm bis zur Schrodaer Kreisgrenze in der Richtung auf Santomysl, im Regierungsbezirk Posen.

Nachdem Ich durch Meinen Erlaß vom heutigen Tage den Bau einer Kreis-Chaussee von Schrimm, im Kreise gleichen Namens, Regierungsbezirk Posen, bis zur Schrodaer Kreisgrenze in der Richtung auf Santomysl genehmigt habe, verleihe Ich hierdurch dem Kreise Schrimm das Expropriationsrecht für die zu dieser Chaussee erforderlichen Grundstücke, imgleichen das Recht zur Entnahme der Chausseebau- und Unterhaltungs-Materialien, nach Maassgabe der für die Staats-Chausseen bestehenden Vorschriften, in Bezug auf diese Straße. Zugleich will Ich dem Kreise Schrimm gegen Uebernahme der künftigen chausseemässigen Unterhaltung der Straße das Recht zur Erhebung des Chausseegeldes nach den Bestimmungen des für die Staats-Chausseen jedesmal geltenden Chausseegeld-Tarifs, einschliesslich der in demselben enthaltenen Bestimmungen über die Befreiungen, sowie der sonstigen die Erhebung betreffenden zusätzlichen Vorschriften, wie diese Bestimmungen auf den Staats-Chausseen von Ihnen angewandt werden, hierdurch verleihen. Auch sollen die dem Chausseegeld-Tarife vom 29. Februar 1840. angehängten Bestimmungen wegen der Chausseepolizei-Vergehen auf die gedachte Straße zur Anwendung kommen.

Der gegenwärtige Erlaß ist durch die Gesetz-Sammlung zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

Berlin, den 8. Mai 1865.

Wilhelm.

v. Bodelschwingh. Gr. v. Ikenplig.

An den Finanzminister und den Minister für Handel,
Gewerbe und öffentliche Arbeiten.

(Nr. 6112.) Privilegium wegen Ausfertigung auf den Inhaber lautender Kreis=Obligatio-
nen des Schrimmer Kreises im Betrage von 25,000 Thalern. Vom
8. Mai 1865.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen u.

Nachdem von den Kreisständen des Schrimmer Kreises auf dem Kreis-
tage vom 16. Dezember 1863. und 7. November 1864. beschlossen worden,
die zur Ausführung der vom Kreise unternommenen Chausseebauten erforderlichen
Geldmittel im Wege einer Anleihe zu beschaffen, wollen Wir auf den Antrag
der gedachten Kreisstände: zu diesem Zwecke auf jeden Inhaber lautende, mit
Zinskupons versehene, Seitens der Gläubiger unkündbare Obligationen zu dem
angenenommenen Betrage von 25,000 Thalern ausstellen zu dürfen, da sich hier-
gegen weder im Interesse der Gläubiger noch der Schuldner etwas zu er-
innern gefunden hat, in Gemäßheit des §. 2. des Gesetzes vom 17. Juni 1833.
zur Ausstellung von Obligationen zum Betrage von 25,000 Thalern, in Buch-
staben: fünf und zwanzig Tausend Thalern, welche in folgenden Apoints:

12,000	Thaler	à	1000	Thaler	=	12	Stück,
10,000	=	à	500	=	=	20	=
3,000	=	à	100	=	=	30	=
<hr style="width: 50%; margin: 0 auto;"/>							
= 25,000 Thaler,							

nach dem anliegenden Schema auszufertigen, mit Hülfe einer Kreissteuer
mit fünf Prozent jährlich zu verzinsen und nach der durch das Loos zu bestim-
menden Folgeordnung jährlich vom Jahre 1866. ab mit wenigstens jährlich
Einem Prozent des Kapitals, unter Zuwachs der Zinsen von den ausgelosten
Obligationen, zu tilgen sind, durch gegenwärtiges Privilegium Unsere landes-
herrliche Genehmigung mit der rechtlichen Wirkung ertheilen, daß ein jeder In-
haber dieser Obligationen die daraus hervorgehenden Rechte, ohne die Uebertra-
gung des Eigenthums nachweisen zu dürfen, geltend zu machen befugt ist.

Das vorstehende Privilegium, welches Wir vorbehaltenlich der Rechte
Dritter ertheilen und wodurch für die Befriedigung der Inhaber der Obligationen
eine Gewährleistung Seitens des Staats nicht übernommen wird, ist durch die
Gesetz=Sammlung zur allgemeinen Kenntniß zu bringen.

Urkundlich unter Unserer Höchstehändigen Unterschrift und beigedrucktem
Königlichen Insigne.

Gegeben Berlin, den 8. Mai 1865.

(L. S.) Wilhelm.

v. Bodelschwingh. Gr. v. Tschaplitz. Gr. zu Eulenburg.

Provinz Posen, Regierungsbezirk Posen.

Obligation

des Schrimmer Kreises

Litt. №

über Thaler Preussisch Kurant.

Auf Grund der unterm bestätigten Kreistagsbeschlüsse vom 16. Dezember 1863. und 7. November 1864. wegen Aufnahme einer Anleihe von 25,000 Thalern bekennt sich die ständische Kommission für den Chausseebau des Schrimmer Kreises Namens des Kreises durch diese, für jeden Inhaber gültige, Seitens des Gläubigers unkündbare Verschreibung zu einer Schuld von Thalern Preussisch Kurant, welche für den Kreis kontrahirt worden und mit fünf Prozent jährlich zu verzinzen ist.

Die Rückzahlung der ganzen Schuld von 25,000 Thalern geschieht vom Jahre 1866. ab allmählig innerhalb eines Zeitraums von sieben und dreißig Jahren aus einem zu diesem Behufe gebildeten Tilgungsfonds von wenigstens Einem Prozent der ursprünglichen Kapitalsumme jährlich, unter Zuwachs der Zinsen von den getilgten Schuldverschreibungen, nach Maassgabe des genehmigten Tilgungsplanes.

Die Folgeordnung der Einlösung der Schuldverschreibungen wird durch das Loos bestimmt. Die Ausloosung erfolgt vom Jahre 1866. ab in dem Monate Januar jeden Jahres. Der Kreis behält sich jedoch das Recht vor, den Tilgungsfonds durch größere Ausloosungen zu verstärken, sowie sämtliche noch umlaufende Schuldverschreibungen zu kündigen.

Die ausgelooften, sowie die gekündigten Schuldverschreibungen werden unter Bezeichnung ihrer Buchstaben, Nummern und Beträge, sowie des Termins, an welchem die Rückzahlung erfolgen soll, öffentlich bekannt gemacht. Diese Bekanntmachung erfolgt sechs, drei, zwei und Einen Monat vor dem Zahlungstermine in dem Amtsblatte der Königlichen Regierung zu Posen, dem Staats-Anzeiger und in der Deutschen und Polnischen Posener Zeitung.

Bis zu dem Tage, wo solchergestalt das Kapital zu entrichten ist, wird es in halbjährlichen Terminen, am 1. April und am 1. Oktober, von heute an gerechnet, mit fünf Prozent jährlich in gleicher Münzsorte mit jenem verzinset.

Die Auszahlung der Zinsen und des Kapitals erfolgt gegen bloße Rückgabe der ausgegebenen Zinskupons, beziehungsweise dieser Schuldverschreibung,

bei der Kreis-Chauffeebau-Kasse in Schrimm, und zwar auch in der nach dem Eintritt des Fälligkeitstermins folgenden Zeit.

Mit der zur Empfangnahme des Kapitals präsentirten Schuldverschreibung sind auch die dazu gehörigen Zinskupons der späteren Fälligkeitstermine zurück zu liefern. Für die fehlenden Zinskupons wird der Betrag vom Kapitale abgezogen.

Die gekündigten Kapitalbeträge, welche innerhalb dreißig Jahren nach dem Rückzahlungstermine nicht erhoben werden, sowie die innerhalb vier Jahren, vom Ablauf des Jahres der Fälligkeit ab, nicht erhobenen Zinsen verfahren zu Gunsten des Kreises.

Das Aufgebot und die Amortisation verlorener oder vernichteter Schuldverschreibungen erfolgt nach Vorschrift der Allgemeinen Gerichtsordnung Theil I. Titel 51. §. 120. sequ. bei dem Königlichen Kreisgerichte zu Schrimm.

Zinskupons können weder aufgeboten, noch amortisirt werden. Doch soll demjenigen, welcher den Verlust von Zinskupons vor Ablauf der vierjährigen Verjährungsfrist bei der Kreisverwaltung anmeldet und den stattgehabten Besitz der Zinskupons durch Vorzeigung der Schuldverschreibung oder sonst in glaubhafter Weise darthut, nach Ablauf der Verjährungsfrist der Betrag der angemeldeten und bis dahin nicht vorgekommenen Zinskupons gegen Quittung ausgezahlt werden.

Mit dieser Schuldverschreibung sind zehn halbjährige Zinskupons bis zum Schlusse des Jahres ausgegeben. Für die weitere Zeit werden Zinskupons auf fünfjährige Perioden ausgegeben.

Die Ausgabe einer neuen Zinskupons-Serie erfolgt bei der Kreis-Chauffeebau-Kasse zu Schrimm gegen Ablieferung des der älteren Zinskupons-Serie beigedruckten Talons. Beim Verluste des Talons erfolgt die Aushändigung der neuen Zinskupons-Serie an den Inhaber der Schuldverschreibung, sofern deren Vorzeigung rechtzeitig geschehen ist.

Zur Sicherheit der hierdurch eingegangenen Verpflichtungen haftet der Kreis mit seinem Vermögen.

Dessen zu Urkunde haben wir diese Ausfertigung unter unserer Unterschrift ertheilt.

Schrimm, den ..^{ten} 18..

Die ständische Kommission für den Chauffeebau im
Schrimmer Kreise.

Provinz Posen, Regierungsbezirk Posen.

Z i n s = K u p o n

zu der

Kreis-Obligation des Schrimmer Kreises

Littr. №

über Thaler zu Prozent Zinsen

über Thaler Silber Groschen.

Der Inhaber dieses Zinskupons empfängt gegen dessen Rückgabe am ..^{ten}..... 18.. und späterhin die Zinsen der vorbenannten Kreis-Obligation für das Halbjahr vom bis mit (in Buchstaben) Thalern Silber Groschen bei der Kreis-Chausseebau-Kasse zu Schrimm. Schrimm, den ..^{ten}..... 18..

Die ständische Kommission für den Chausseebau im Schrimmer Kreise.

Dieser Zinskupon ist ungültig, wenn dessen Geldbetrag nicht innerhalb vier Jahren, vom Schlusse des Jahres der Fälligkeit an gerechnet, erhoben wird.

Provinz Posen, Regierungsbezirk Posen.

T a l o n

zur

Kreis-Obligation des Schrimmer Kreises.

Der Inhaber dieses Talons empfängt gegen dessen Rückgabe zu der Obligation des Schrimmer Kreises

Littr. № über Thaler à fünf Prozent Zinsen

die ..^{te} Serie Zinskupons für die fünf Jahre 18.. bis 18.. bei der Kreis-Chausseebau-Kasse zu Schrimm.

Schrimm, den ..^{ten}..... 18..

Die ständische Kommission für den Chausseebau im Schrimmer Kreise.

(Nr. 6113.) Privilegium wegen Ausfertigung auf den Inhaber lautender Kreis-Obligationen des Pr. Friedländer Kreises im Betrage von 30,000 Thalern. Vom 8. Mai 1865.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen u.

Nachdem von den Kreisständen des Pr. Friedländer Kreises auf dem Kreistage vom 8. März 1865. beschlossen worden, die zur Vollendung der vom Kreise unternommenen Chausseebauten außer der durch das Privilegium vom 7. Oktober 1864. (Gesetz-Samml. für 1864. S. 657. ff.) genehmigten Anleihe von 120,000 Thalern noch erforderlichen Geldmittel im Wege einer weiteren Anleihe zu beschaffen, wollen Wir auf den Antrag der gedachten Kreisstände: zu diesem Zwecke auf jeden Inhaber lautende, mit Zinskupons versehene, Seitens der Gläubiger unkündbare Obligationen zu dem angenommenen Betrage von 30,000 Thalern ausstellen zu dürfen, da sich hiergegen weder im Interesse der Gläubiger noch der Schuldner etwas zu erinnern gefunden hat, in Gemäßheit des §. 2. des Gesetzes vom 17. Juni 1833. zur Ausstellung von Obligationen zum Betrage von 30,000 Thalern, in Buchstaben: dreißig Tausend Thalern, welche in folgenden Apoints:

15,000	Thaler	à	1000	Thlr.,
10,000	=	à	500	=
4,000	=	à	100	=
1,000	=	à	50	=
<hr style="width: 20%; margin: 0 auto;"/>				
= 30,000 Thaler,				

nach dem anliegenden Schema auszufertigen, mit Hülfe einer Kreissteuer mit fünf Prozent jährlich zu verzinsen und nach der durch das Loos zu bestimmenden Folgeordnung jährlich vom Jahre 1866. ab mit wenigstens jährlich Eintausend Thalern, unter Zuwachs der Zinsen von den getilgten Schuldverschreibungen, zu tilgen sind, durch gegenwärtiges Privilegium Unsere landesherrliche Genehmigung mit der rechtlichen Wirkung ertheilen, daß ein jeder Inhaber dieser Obligationen die daraus hervorgehenden Rechte, ohne die Uebertragung des Eigenthums nachweisen zu dürfen, geltend zu machen befugt ist.

Das vorstehende Privilegium, welches Wir vorbehaltlich der Rechte Dritter ertheilen und wodurch für die Befriedigung der Inhaber der Obligationen eine Gewährleistung Seitens des Staats nicht übernommen wird, ist durch die Gesetz-Sammlung zur allgemeinen Kenntniß zu bringen.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichem Inseigel.

Gegeben Berlin, den 8. Mai 1865.

(L. S.) **Wilhelm.**

v. Bodelschwingh. Gr. v. Ikenpliz. Gr. zu Eulenburg.

Provinz Preußen, Regierungsbezirk Königsberg.

O b l i g a t i o n des Kreises Pr. Friedland

Litr. N°

II. Serie

über Thaler Preussisch Kurant.

Auf Grund des unterm bestätigten Kreistags-Beschlusses vom 8. März 1865. und des Allerhöchsten Privilegiums vom ..^{ten} wegen Aufnahme einer Schuld von 30,000 Thalern bekennt sich die ständische Kommission des Kreises Pr. Friedland Namens des Kreises durch diese, für jeden Inhaber gültige, Seitens des Gläubigers unkündbare Verschreibung zu einer Darlehnschuld von Thalern, in Buchstaben Thalern Preussisch Kurant nach dem gesetzlich bestehenden Münzfuße, welcher Betrag an den Kreis baar gezahlt worden und mit fünf Prozent jährlich zu verzinsen ist.

Die Rückzahlung der ganzen Schuld von dreißig Tausend Thalern geschieht vom Jahre 1866. ab allmählig aus einem zu diesem Behufe gebildeten Tilgungsfonds von wenigstens Eintausend Thalern jährlich, unter Zuwachs der Zinsen von den getilgten Schuldverschreibungen, nach Maaßgabe des Tilgungsplanes.

Die Folgeordnung der Einlösung der Schuldverschreibungen wird durch das Loos bestimmt. Die Ausloosung erfolgt vom Jahre 1866. ab in dem Monate Juni jeden Jahres. Der Kreis behält sich jedoch das Recht vor, den Tilgungsfonds durch größere Ausloosungen zu verstärken, sowie sämtliche noch umlaufende Schuldverschreibungen zu kündigen.

Die ausgelooften, sowie die gekündigten Schuldverschreibungen werden unter Bezeichnung ihrer Buchstaben, Nummern und Beträge, sowie des Termins, an welchem die Rückzahlung erfolgen soll, öffentlich bekannt gemacht.

Diese Bekanntmachung erfolgt sechs, drei, zwei und Einen Monat vor dem Zahlungstermine in dem Preussischen Staats-Anzeiger, dem Amtsblatte der königlichen Regierung zu Königsberg und dem Friedländer Kreisblatte.

Bis zu dem Tage, wo solchergestalt das Kapital zu entrichten ist, wird es in halbjährlichen Terminen, am 2. Januar und am 2. Juli, vom Jahre 1866. ab gerechnet, mit fünf Prozent jährlich in gleicher Münzsorte mit jenem verzinsset.

Die Auszahlung der Zinsen und des Kapitals erfolgt gegen bloße Rückgabe der ausgegebenen Zinskupons, beziehungsweise dieser Schuldverschreibung, bei der Kreis-Kommunalkasse in Domnau, sowie bei einem von der ständischen

Kommission etc. zu bezeichnenden Bankier in Königsberg, und zwar auch in der nach dem Eintritt des Fälligkeitstermins folgenden Zeit.

Mit der zur Empfangnahme des Kapitals präsentirten Schulderschreibung sind auch die dazu gehörigen Zinskupons der späteren Fälligkeitstermine zurückzuliefern. Für die fehlenden Zinskupons wird der Betrag vom Kapitale abgezogen.

Die gekündigten Kapitalbeträge, welche innerhalb dreißig Jahren nach dem Rückzahlungstermine nicht erhoben werden, sowie die innerhalb vier Jahren, vom Ablaufe des Kalenderjahres der Fälligkeit ab gerechnet, nicht erhobenen Zinsen verjähren zu Gunsten des Kreises.

Das Aufgebot und die Amortisation verlorener oder vernichteter Schulderschreibungen erfolgt nach Vorschrift der Allgemeinen Gerichts-Ordnung Theil I. Titel 51. §. 120. sequ. bei dem königlichen Kreisgerichte zu Bartenstein.

Zinskupons können weder aufgeboden, noch amortisirt werden. Doch soll demjenigen, welcher den Verlust von Zinskupons vor Ablauf der vierjährigen Verjährungsfrist bei der Kreisverwaltung anmeldet und den stattgehabten Besitz der Zinskupons durch Vorzeigung der Schulderschreibung oder sonst in glaubhafter Weise darthut, nach Ablauf der Verjährungsfrist der Betrag der angemeldeten und bis dahin nicht vorgekommenen Zinskupons gegen Quittung ausgezahlt werden.

Mit dieser Schulderschreibung sind halbjährige Zinskupons bis zum Schlusse des Jahres 1870. ausgegeben. Für die weitere Zeit werden Zinskupons auf fünfjährige Perioden ausgegeben.

Die Ausgabe einer neuen Zinskupons-Serie erfolgt bei der Kreis-Kommunalkasse zu Domnau, sowie bei einem von der ständischen Kommission zu bezeichnenden Bankier in Königsberg gegen Ablieferung des der älteren Zinskupons-Serie beigedruckten Talons. Beim Verluste des Talons erfolgt die Aushändigung der neuen Zinskupons-Serie an den Inhaber der Schulderschreibung, sofern deren Vorzeigung rechtzeitig geschehen ist.

Zur Sicherheit der hierdurch eingegangenen Verpflichtungen haftet der Kreis mit seinem Vermögen.

Dessen zu Urkunde haben wir diese Ausfertigung unter unserer Unterschrift ertheilt.

Domnau, den .. ten 18..

(Stempel.)

Die ständische Kommission des Pr. Friedländer Kreises.

Anmerkung.

Die Unterschriften sind eigenhändig zu unterzeichnen.

Pro-

Provinz Preußen, Regierungsbezirk Königsberg.

Erster (bis) Zins = Kupon

zu der

Kreis = Obligation des Pr. Friedländer Kreises

Litr. №

II. Serie

über Thaler zu fünf Prozent Zinsen

über Thaler Silbergroschen.

Der Inhaber dieses Zinskupons empfängt gegen dessen Rückgabe am ...^{ten} und späterhin die Zinsen der vorbenannten Kreis-Obligation für das Halbjahr vom bis mit (in Buchstaben) Thalern Silbergroschen bei der Kreis-Kommunalkasse zu Domnau.

Domnau, den ...^{ten} 18..

(Stempel.)

Die ständische Kommission des Pr. Friedländer Kreises.

(Namen.)

Dieser Zinskupon ist ungültig, wenn dessen Geldbetrag nicht innerhalb vier Jahren, vom Ablauf des Kalenderjahres der Fälligkeit ab gerechnet, erhoben wird.

Anmerkung.

Die Namensunterschriften der Mitglieder der Kommission können mit Lettern oder Faksimilestempeln gedruckt werden, doch muß jeder Zinskupon mit der eigenhändigen Namensunterschrift eines Kontrolbeamten versehen werden.

Provinz Preußen, Regierungsbezirk Königsberg.

Talon

zur

Kreis-Obligation des Pr. Friedländer Kreises

II. Serie.

Der Inhaber dieses Talons empfängt gegen dessen Rückgabe zu der Obligation des Friedländer Kreises

Littr. № über Thaler à fünf Prozent Zinsen die ..^{te} Serie Zinskupons für die fünf Jahre 18.. bis 18.. bei der Kreis-Kommunalkasse zu Domnau, sofern dagegen Seitens des als solchen legitimierten Inhabers der Obligation kein Widerspruch ergangen ist.

Domnau, den ..^{ten} 18..

(Stempel.)

Die ständische Kommission des Pr. Friedländer Kreises.

Anmerkung.

- 1) Die Namensunterschriften der Mitglieder der Kommission können mit Lettern oder Faksimilestempeln gedruckt werden, doch muß jeder Talon mit der eigenhändigen Namensunterschrift eines Kontrolbeamten versehen werden.
- 2) Der Talon ist zum Unterschiede auf der ganzen Blattseite unter den beiden letzten Zinskupons mit davon abweichenden Lettern in nachstehender Art abzudrucken:

9ter Zins-Kupon.	10ter Zins-Kupon.
T a l o n .	

(Nr. 6114.) Allerhöchster Erlaß vom 22. Mai 1865., betreffend die Heranziehung der im sogenannten Pelpliner und im sogenannten Ließauer Außendeich belegenen neu eingedeichten Grundstücke zu den Deichlasten der Damm-Kommune des Marienburger großen Werders.

Nachdem auf Anordnung der gemäß §. 1. der Verordnung vom 12. April 1848. (Gesetz-Samml. für 1848. S. 126.) eingesetzten Kommission für die Strom- und Deichbauten an der Weichsel und Mogat die zwischen den

Num-

Nummersteinen 25. bis 38. (früher 24. bis 47.) am sogenannten Pelpliner Außendeich und Nr. 6 + 10.^o bis Nr. 14 + 15.^o (früher 6 + 10.^o bis 13.) am sogenannten Liessauer Außendeich belegenen, der Marienburger Groß-Werder Damm-Kommune gehörenden Strecken des rechtsseitigen Weichseldeiches verlassen, die vorgedachten Punkte aber durch neue Deiche verbunden und dadurch die nachstehenden Grundstücke:

A. vom sogenannten Pelpliner Außendeiche nach dem Vermessungsregister des Regierungs-Feldmessers v. Borell vom Jahre 1850.

- | | | | | |
|--|-------------|-------|---|--------------|
| 1) zur Feldmark Damerau gehörig | 343 Morg. | 163 | □ | Rth. Magdeb. |
| 2) zur Feldmark Barendt gehörig | 232 | = 173 | = | = |
| 3) zu dem besonderen Gutsbezirk Pelpliner Außendeich gehörig | 218 | = 49 | = | = |
| <hr/> | | | | |
| | = 795 Morg. | 25 | □ | Rth. Magdeb. |

B. vom sogenannten Liessauer Außendeiche nach dem Auszuge aus dem Grundsteuereinschätzungs-Register vom Jahre 1864.

- 4) zur Feldmark Liessau gehörig 113 Morg. 37 □ Rth. Magdeb.

unter Deichschutz gelangt sind, so bestimme Ich in Gemäßheit des im §. 2. der angeführten Verordnung gemachten Vorbehalts nach Maafgabe der §§. 11. 12. litt. d. und §. 16. des Gesetzes über das Deichwesen vom 28. Januar 1848., nach Anhörung des Groß-Werder Deichgräfen-Kollegiums und der theiligten Grundbesitzer, was folgt:

Die Besitzer sämtlicher vorgedachten, von den Deichlasten bisher befreiten Grundstücke haben von dem Tage an, wo dieser Erlaß in Kraft tritt, die Deichbeiträge in derselben Art und nach den nämlichen Grundsätzen, wie die übrigen zu vollen Beiträgen verpflichteten Grundstücke der Marienburger Groß-Werder Damm-Kommune zu leisten. Die in dieser Kommune geltenden Observanzen in Betreff der den sogenannten Sandländereien und den nicht ertragsfähigen Grundstücken zustehenden theilweisen oder gänzlichen, zeitweisen oder dauernden Befreiung von den Deichlasten finden auch auf die Sandländereien und die nicht ertragsfähigen Grundstücke in den neu eingedeichten Flächen Anwendung.

Dieser Mein Erlaß ist durch die Gesetz-Sammlung bekannt zu machen.

Berlin, den 22. Mai 1865.

W i l h e l m.

Gr. zur Lippe. von Selchow.

An den Justizminister und den Minister für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten.

(Nr. 6115.) Allerhöchster Erlaß vom 5. Juni 1865., betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung einer Gemeinde-Chaussée von der Warendorf-Lippborger Chaussée bei Westkirchen, im Kreise Warendorf, Regierungsbezirk Münster, über Ostensfelde und Landgemeinde Delbe nach der Stadt Delbe und dem dortigen Bahnhose der Cöln-Mindener Eisenbahn an die Landgemeinden Westkirchen, Ostensfelde und Delbe.

Nachdem Ich durch Meinen Erlaß vom heutigen Tage den Bau einer Gemeinde-Chaussée von der Warendorf-Lippborger Chaussée bei Westkirchen, im Kreise Warendorf, Regierungsbezirk Münster, über Ostensfelde und Landgemeinde Delbe nach der Stadt Delbe und dem dortigen Bahnhose der Cöln-Mindener Eisenbahn genehmigt habe, verleihe Ich hierdurch den Landgemeinden Westkirchen, Ostensfelde und Delbe das Expropriationsrecht für die zu dieser Chaussée erforderlichen Grundstücke, ingleichen das Recht zur Entnahme der Chausséebau- und Unterhaltungs-Materialien, nach Maaßgabe der für die Staats-Chausséen bestehenden Vorschriften, in Bezug auf diese Straße. Zugleich will Ich den genannten Gemeinden gegen Uebernahme der künftigen chausséemäßigen Unterhaltung der Straße das Recht zur Erhebung des Chausséegeldes nach den Bestimmungen des für die Staats-Chausséen jedesmal geltenden Chausséegeld-Tarifs, einschließlich der in demselben enthaltenen Bestimmungen über die Befreiungen, sowie der sonstigen die Erhebung betreffenden zusätzlichen Vorschriften, wie diese Bestimmungen auf den Staats-Chausséen von Ihnen angewandt werden, hierdurch verleihe. Auch sollen die dem Chausséegeld-Tarife vom 29. Februar 1840. angehängten Bestimmungen wegen der Chausséepolizei-Vergehen auf die gedachte Straße zur Anwendung kommen.

Der gegenwärtige Erlaß ist durch die Gesetz-Sammlung zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

Berlin, den 5. Juni 1865.

Wilhelm.

v. Bodelschwingh. Gr. v. Ikenplig.

An den Finanzminister und den Minister für Handel, Gewerbe
und öffentliche Arbeiten.

Redigirt im Bureau des Staats-Ministeriums.

Berlin, gedruckt in der Königl. Geheimen Ober-Postbuchdruckerei
(R. v. Decker).